

Datum: 01.09.26

Offener Brief an den SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion

Die SPD darf ihre sozialdemokratische Seele nicht weiter preisgeben

An den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,
an die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion
und an die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir wenden uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus den Kreisverbänden Kiel, Dithmarschen, Schleswig-Flensburg und Stormarn an Euch, weil unsere Sorge und unser Unverständnis über den politischen Kurs der SPD ausgereizt sind.

Die angekündigten Reform- und Kürzungsvorhaben betreffen den Kern sozialdemokratischer Politik: den Schutz von Beschäftigten im Krankheitsfall, sichere Arbeitsverhältnisse, die Absicherung von Familien und Alleinerziehenden, die Rechte und gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, die Absicherung pflegebedürftiger Menschen und pflegender Angehöriger, die Grundsicherung sowie die solidarische Finanzierung von Rente, Gesundheit und Pflege.

Wir sagen klar: **Diesen Kurs wollen wir so nicht. Dieser Kurs ist falsch.**

Reformen sind notwendig. Unsere sozialen Sicherungssysteme müssen leistungsfähig, gerecht und dauerhaft finanzierbar bleiben. Doch Reform darf nicht zum Etikett für eine Politik werden, bei der ausgerechnet Beschäftigte, Kranke, Familien, Menschen mit Behinderungen, Pflegebedürftige, pflegende Angehörige und Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen einen überproportionalen Teil der Lasten tragen.

Beschäftigte sind kein Kostenproblem

Besonders deutlich wird die politische Schieflage in der Debatte über Krankheitstage und Krankschreibungen.

Wer krank ist, braucht Schutz, medizinische Versorgung und Zeit zur Genesung. Er braucht keine öffentliche Misstrauenserklärung. Hohe Krankenstände sind nicht einfach Ausdruck mangelnder Arbeitsmoral. Sie haben viel mit Arbeitsverdichtung, Personalmangel, psychischen Belastungen und Arbeitsbedingungen zu tun, die Menschen krank machen können.

Tatsächlicher Missbrauch muss verfolgt werden. Aber aus einzelnen Fällen darf kein Generalverdacht gegen Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entstehen.

Eine SPD darf nicht die Sprache derjenigen übernehmen, die Beschäftigte vor allem als Kostenfaktor betrachten. Sie muss auf der Seite der Menschen stehen, die jeden Tag arbeiten, den Sozialstaat finanzieren, Kinder erziehen, Angehörige pflegen oder selbst auf Unterstützung und gesellschaftliche Teilhabe angewiesen sind.

Das Problem ist die soziale Gesamtbilanz

Unsere Kritik richtet sich nicht nur gegen eine einzelne Maßnahme. Es geht um die Summe der Vorhaben:

- mehr Druck auf erkrankte Beschäftigte,
- längere Unsicherheit durch sachgrundlose Befristungen,
- Verschärfungen und Sanktionen in der Grundsicherung,
- mögliche Einschnitte bei Familien und Alleinerziehenden,
- die zunehmende Gefahr, durch Pflegebedürftigkeit in finanzielle Not zu geraten, und erschwerte Zugänge zu notwendigen Pflegeleistungen,
- die Einschränkung von Teilhabe und bestehenden Rechten von Menschen mit Behinderungen durch Kürzungen in der Eingliederungshilfe,
- steigende Sozialbeiträge für Beschäftigte und Arbeitgeber,
- die Debatte über einen späteren Renteneintritt für Menschen mit jahrzehntelanger Erwerbsbiografie,
- und weiterhin keine angemessene Beteiligung großer Vermögen, sehr hoher Einkommen und großer Erbschaften.

Wer nach 45 Beitragsjahren abschlagsfrei in Rente gehen kann, erhält kein Geschenk. Viele dieser Menschen haben mit 16 oder 17 Jahren ihre Ausbildung begonnen, jahrzehntelang im Schichtdienst, in der Industrie, im Handwerk, in der Pflege oder in anderen belastenden Berufen gearbeitet. Ihre Lebensleistung darf nicht zum bevorzugten Sparposten werden.

Die gesetzliche Rente, die Krankenversicherung und die Pflegeversicherung müssen solide finanziert werden. Aber es ist nicht gerecht, Finanzierungslücken immer wieder nahezu ausschließlich über den Faktor Arbeit zu schließen.

Es ist nicht vermittelbar, Beschäftigte mit höheren Beiträgen, späterem Renteneintritt und Einschnitten bei sozialen Leistungen zu belasten, während große Vermögen und millionenschwere Erbschaften weiter geschont werden.

Eine Einkommensteuerreform allein schafft keine gerechte Verteilung, solange Einkommen aus Arbeit stärker herangezogen wird als geerbter Reichtum. Sozialdemokratische Politik muss kleine und mittlere Einkommen entlasten und zugleich große Vermögen und Erbschaften endlich angemessen an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligen. Alles andere verschiebt die Lasten erneut auf diejenigen, die dieses Land jeden Tag am Laufen halten oder auf einen starken Sozialstaat angewiesen sind.

Austritte sind ein Alarmsignal

Wir erleben in unseren Gliederungen nicht nur Unmut. Wir erleben Austritte, Rückzüge aus der aktiven Parteiarbeit und Mitglieder, die offen erklären, dass sie diesen Kurs nicht mehr mittragen können.

Diese Entwicklung darf nicht als kurzfristige Verstimmung oder als Kommunikationsproblem abgetan werden. Sie ist ein politisches Alarmsignal.

Menschen verlassen unsere Partei, weil sie den Eindruck gewinnen, dass unsere sozialdemokratische Wertebasis weiter erodiert. Viele fragen uns vor Ort, welchen konkreten Unterschied die Beteiligung der SPD an der Bundesregierung für ihr Leben eigentlich noch macht.

Darauf reicht die Antwort nicht mehr aus, wir hätten Schlimmeres verhindert.

Eine Partei, die nur noch Verschlechterungen abmildert, verliert ihren politischen Gestaltungsanspruch.

Die Menschen müssen wieder erkennen können, was durch die SPD besser wird: bei ihrem Lohn, ihrer Rente, ihrer sozialen Sicherheit, ihren Arbeitsbedingungen, ihrer gesellschaftlichen Teilhabe und den Chancen ihrer Kinder.

Die SPD verliert ihre Wähler nicht, weil sie zu sozialdemokratisch ist

Die politische Lage unserer Partei ist ernst. Die SPD verliert Vertrauen, während die Linke mit klareren sozialen Botschaften Zustimmung gewinnt und die AfD von Unsicherheit, Abstiegsängsten und politischer Enttäuschung profitiert.

Die Antwort darauf kann nicht sein, noch stärker über Sanktionen, Missbrauch und vermeintlich zu hohe soziale Ansprüche zu sprechen. Wer die Sprache des Misstrauens übernimmt, stärkt nicht die SPD, sondern diejenigen, die diese Sprache glaubwürdiger und radikaler vertreten.

Die SPD verliert ihre Wählerinnen und Wähler nicht, weil sie zu sozialdemokratisch handelt.

Sie verliert sie, weil viele Menschen sie nicht mehr als sozialdemokratisch erkennen und keinen spürbaren Effekt sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung mehr wahrnehmen.

Parteivorsitz und Regierungsamt müssen wieder getrennt werden

Die SPD braucht eine Parteiführung, die nicht nur Regierungsentscheidungen erklärt und Koalitionskompromisse verteidigt. Sie braucht eine Parteiführung, die eigenständig formuliert, wofür

die Sozialdemokratie steht, Konflikte austrägt und gegenüber Regierung und Fraktion klare Grenzen zieht.

Deshalb halten wir eine erneute **Trennung von Parteivorsitz und Regierungsamt** für notwendig. Diese Trennung ist aus unserer Sicht unumgänglich und zeitnah durch einen Bundesparteitag herbeizuführen.

Wer gleichzeitig Regierungsverantwortung trägt und die Partei führt, gerät zwangsläufig in einen dauerhaften Interessenkonflikt: Regierungsdisziplin und Koalitionsrason stehen dann immer wieder gegen die Aufgabe, das Programm, die Beschlüsse und die Interessen der Partei unabhängig zu vertreten.

Die SPD darf nicht zum nachgeordneten Kommunikationsapparat der Bundesregierung werden. Die Partei muss eine eigenständige politische Kraft bleiben – mit einer Führung, die im Zweifel auch gegenüber der eigenen Regierung widerspricht.

Wir erwarten eine Kurskorrektur

Wir erwarten vom Parteivorstand, von der SPD-Bundestagsfraktion und von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Bundesregierung:

1. keine Verschlechterung der Entgeltfortzahlung, keine Karenztage und keinen Generalverdacht gegen erkrankte Beschäftigte;
2. keine Ausweitung unsicherer und sachgrundlos befristeter Beschäftigung;
3. keine Kürzungen zulasten von Kindern, Familien und Alleinerziehenden;
4. keine Sanktionen, die das Existenzminimum oder die Wohnung eines Menschen gefährden;
5. die Anerkennung langer Erwerbsbiografien und den Erhalt eines abschlagsfreien Renteneintritts nach 45 Beitragsjahren;
6. eine Pflegepolitik, die Pflegebedürftigkeit nicht zum Armutsrisiko macht und den verlässlichen Zugang zu notwendigen Pflegeleistungen sicherstellt;
7. den Schutz der Rechte und der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sowie keine Kürzungen in der Eingliederungshilfe, die bestehende Rechtsansprüche einschränken oder notwendige Teilhabeleistungen gefährden;
8. eine gerechtere Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme, an der sehr hohe Einkommen, große Vermögen, Kapitaleinkünfte und große Erbschaften angemessen beteiligt werden;
9. eine eigenständige Parteiführung und die Trennung von Parteivorsitz und Regierungsamt;
10. eine offene innerparteiliche Debatte, bevor wesentliche politische Entscheidungen faktisch unumkehrbar sind.

Wir bitten nicht um eine bessere Erklärung des bisherigen Kurses. Wir erwarten, dass dieser Kurs inhaltlich korrigiert wird.

Unsere Kritik richtet sich nicht gegen die SPD. Sie entsteht aus Verantwortung für ihre Zukunft.

Wir wollen eine starke Sozialdemokratie. Eine Partei, die wirtschaftlichen Fortschritt mit sozialer Sicherheit verbindet. Eine Partei, die Menschen nicht unter Verdacht stellt, sondern ihnen Respekt entgegenbringt. Eine Partei, die nicht nur verhindert, sondern gestaltet.

Die SPD braucht keinen neuen Slogan. Sie braucht wieder eine klare Antwort auf die Frage, auf welcher Seite sie steht.

Unsere Antwort lautet: auf der Seite der großen Mehrheit – nicht der großen Vermögen.

Wir erwarten, dass dies auch im politischen Handeln unserer Partei wieder unmissverständlich erkennbar wird.

Mit solidarischen Grüßen

SPD-Kreisverband Kiel
SPD-Kreisverband Dithmarschen
SPD-Kreisverband Schleswig-Flensburg
SPD-Kreisverband Stormarn

Kiel, den 26.08.26

Gez.

Bianca Wöller 015117811817
Enrico Tokar 01717733699
Co-Vorsitzende der SPD Kiel

SPD Kreisverband Kiel
vorstand@spd-kiel.de
www.spd-kiel.de

Folgen Sie uns auch auf:
<https://www.facebook.com/SPD.Kiel>
<https://www.instagram.com/spdkiel/>